

Leistungsbilanz 2019 - 2024

Die wichtigsten umgesetzten Projekte von Minister Antonios Antoniadis
sowie der Regierung der DG –Infrastruktur folgen

Inhaltsverzeichnis

Gesundheit	1
Senioren	4
Menschen mit Beeinträchtigung	8
Raumordnung	10
Wohnungswesen	13
Energie	15
Familie	17
Soziales	19
Jugendhilfe und Jugendschutz	21
Sozialwirtschaft	23
Haupterfolge der gesamten Regierung	25

GESUNDHEIT

Gesundheit:

Sehr gutes Corona-Krisenmanagement

Wir haben in der größten Krise für Ostbelgien nach dem 2. Weltkrieg bewiesen, dass die DG Krise kann. Das umfasste unter anderem die Unterstützung aller Dienstleister (Infos, Material, Finanzen, Knowhow). Minister Antoniadis hat beispielsweise die Kontakte ins Ausland gesucht und genutzt, um Corona-Schwersterkrankte auf Krankenhäuser zu verteilen und mehr Platz in den ostbelgischen Krankenhäusern zu schaffen. Außerdem erhielten Ostbelgier mit Reha-Bedarf auch ihre Reha. Mehrere Etappen können festgehalten werden:

1. Etappe: dringende Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung, insbesondere Personen mit Gesundheitsschwächen.
2. Etappe: Eine umfassende, reibungslose und aus dem Boden gestampfte Impfkampagne in zwei Impfbüros in St.Vith und Eupen
3. Etappe: Booster-Kampagnen, Umgang und Alltag mit dem Coronavirus (mit dem Virus leben lernen)

Festigung und Sicherung unserer beiden Krankenhäuser

Wir haben alle Mittel und alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die hiesigen Krankenhäuser zu unterstützen - mit massiven Geldmitteln, unter anderem für die Infrastruktur (beispielsweise MRT und gemeinsames Informatiksystem), Renovierungsarbeiten, Darlehen und vieles mehr. Wir werden für Investitionen in unsere Krankenhäuser jetzt Zuschüsse in Höhe von 150 Mio. EUR in unserer Finanzplanung vorsehen. Das entspricht einem Drittel unserer jährlichen Einnahmen.

Abkommen über grenzüberschreitende Notfallversorgung

Auf unser Bestreben hin ist es gelungen, dass der grenzüberschreitende Einsatz von Notfallambulanzen zwischen Belgien und Nordrhein-Westfalen eine solidere gesetzliche Grundlage hat. Ja, unser Minister durfte sie sogar mitunterschreiben.

Schaffung eines Beirats für Gesundheit

Mit dem Beirat für Gesundheit gestalten Bürger und Praktizierende aus dem Gesundheitssektor die Gesundheitspolitik der DG aktiv mit, indem sie jede gesetzliche Bestimmung in Ostbelgien im Gesundheitsbereich unter die Lupe nehmen. Ostbelgische Bürger sind dadurch aktive Gestalter der Gesundheitspolitik.

Integrierte Versorgung

Wir haben für die werdenden Mütter in Ostbelgien ein kostenloses Angebot der Begleitung vor und nach der Geburt geschaffen. Das Ziel ist ein gesamtheitlicher Ansatz aller Beteiligten (Hebammen, Gynäkologen, Krankenhäuser etc.) mit dem Fokus, dass die Schwangeren ein auf sie zugeschnittenes Unterstützungsangebot erhalten, und das bei Bedarf und Wunsch.

Ostbelgienregelung

Die Ostbelgien-Regelung, der Nachfolger des IZOM-Abkommens, wird ausgeweitet.

Dekret mentale Gesundheit

Mit dem Dekret mentale Gesundheit schaffen wir eine solide gesetzliche Grundlage für alle betroffenen Organisationen. Das Ziel ist, die Gesundheitslandschaft so strukturieren, dass durch den Aufbau und Organisation der bestehenden Angebote Betroffene und Angehörige langfristig einen einfachen Zugang zu Unterstützungsangeboten bekommen - und zwar unbürokratisch und nah am Wohnort. Außerdem bietet das Dekret die Möglichkeit der Einrichtung von Kurzaufenthalten und Tagesbetreuungseinrichtungen sowie Pilotprojekten für Betroffene.

Schaffung des Netzwerkes mentale Gesundheit und gleichzeitige Ausstattung mit finanziellen Ressourcen

Das „Netzwerk mentale Gesundheit“ der DG wurde dank unserer Intervention beim Föderalstaat gegründet. Es hat das ambitionierte Ziel, eine ganzheitliche Betreuung im Bereich der mentalen Gesundheit zu gewährleisten. Das Netzwerk soll die Lücken in der Begleitung von Menschen mit seelischen Krisen und psychologischen Problemen schließen. Dazu hat es viel Geld (jährlich 1,9 Millionen Euro!) bekommen. Es will auch da agieren, wo die DG keine Befugnisse hat, der Föderalstaat aber nicht angepasst lokal und in deutscher Sprache reagieren kann. Konkret kümmert sich das Netzwerk beispielsweise um die „Erste-Linie-Psychologen“ für schnelle Hilfe bei leichten psychischen Belastungen sowie mobile therapeutische Teams für Kinder und Jugendliche, für Erwachsene und auch für die Bewohnerinnen und Bewohner in den Wohn- und Pflegezentren für Senioren (WPZS).

Initiativen in der Gesundheitsförderung

Durch die Förderung von Initiativen des Terrains (Herz-Sport-Gruppen Eupen und St.Vith, Lauf für das Leben, Weiterbildung zu „wertschätzende Kommunikation“ der CKK, Lichtblicke VoG, ClinicClowns etc.) wird bedarfsorientiert gehandelt. Schönes Beispiel: Aus der Förderung der Lichtblicke VoG ist eine strukturelle Förderung geworden.

SENIOREN

Senioren:

Massive Aufwertung der Gehälter der Pflegehelfer und Aufwertung anderer Pflegeberufe

Wir haben die Gehälter der Pflegehelfer massiv erhöht. Zum 1. September 2020 haben wir in unserem Zuständigkeitsbereich die Gehälter der Pflegehelfer um bis zu 19 % (Durchschnitt 12

Prozent) und die Gehälter von Krankenpflegern und Paramedizinern um durchschnittlich 2 % bis 4 % erhöht.

Wiederherstellung der Gehaltsspanne vom Pflegehelfer zum Bachelorberuf

Wir haben die Gehälter der Krankenpfleger und Paramediziner im Jahr 2023 massiv erhöht. Um bis zu 15 Prozent.

⇒ Beide Maßnahmen kosten die DG jährlich 7 Millionen Euro.

Einführung des Pflegegelds

Wir haben die Zuständigkeit für die Beihilfe für Betagte übernommen - und das System komplett reformiert. Es heißt jetzt Pflegegeld. Damit einher geht weniger Bürokratie, keine Einkommensüberprüfung, mehr Gerechtigkeit und nur am Bedarf orientiert.

Bei Übernahme der Zuständigkeit gab es 972 Bezieher. Seit Übernahme der Zuständigkeit sind es 2351 Bezieher (Stand 10. April 2024). Das ist ein Anstieg um knapp 142 %.

Außerdem eine wichtige Info: Die Anzahl Personen, die im alten System abgelehnt wurden, aber im neuen etwas bekommen, liegt bei 220 Seniorinnen und Senioren (Stand 10. April 2024).

Schaffung von neuen Plätzen in den WPZS

Wir haben in der gesamten Legislaturperiode 44 neue Plätze in den Wohn- und Pflegezentren geschaffen.

Einführung der Alltagsbegleiter

Um die Arbeit in den Wohn- und Pflegezentren sowie die Begleitung der Bewohner der Wohn- und Pflegezentren für Senioren auf breitere Schultern zu verteilen, haben wir einen neuen Beruf kreiert. Den Alltagsbegleiter. Der Alltagsbegleiter trägt zur Entlastung der Pflegekräfte bei und kompensiert teilweise den Fachkräftemangel in der Pflege. Alltagsbegleiter unterstützen das reguläre Pflegepersonal, indem sie gewisse Tätigkeiten, die in keine der geschützten pflegerischen Tätigkeiten fallen, gemeinsam mit den Senioren ausüben. Außerdem begleiten sie die Senioren im Alltag, unterstützen sie und führen Aktivitäten mit ihnen durch. Der Beruf des Alltagsbegleiters richtet sich an interessierte Personen, Quereinsteiger oder bestehendes Personal.

Das Pilotprojekt hat für zwei Jahre 1,3 Millionen Euro gekostet. Dabei waren für zwei Jahre zwei Alltagsbegleiter pro WPZS vorgesehen. Wir finanzieren die Alltagsbegleiter jetzt darüber hinaus und schaffen Gewissheit. Das kostet uns rund 3 Millionen Euro pro Jahr. Da die neuen Personalnormen 2 Alltagsbegleiter pro Wohnbereich vorschreiben, wird es in den kommenden Jahren mindestens 54 Alltagsbegleiter in der DG geben.

Schaffung neuer Personalnormen in den WPZS

Mit den neuen Mindestpersonalnormen in den WPZS reagiert die DG auf die mittlerweile veralteten und pflegelastigen Normen des Landesamtes für Kranken- und Invalidenversicherung (LIKIV). Damit wir den Häusern mehr Flexibilität bei der Gestaltung der Dienstpläne geben, unter Wahrung der Qualität in der Pflege und Betreuung, öffnen wir das Wohn- und Pflegezentrum nun auch für andere Berufsgruppen (z.B. Familien- und Seniorenhelfer, Erzieher, andere Bachelorberufe für die Wohnbereichsleitung etc.). Der Nachtdienst zwischen 22.00 und 6.00 Uhr für große Wohn- und Pflegezentren für Senioren ab 91 Plätzen wird auf drei Personen aufgestockt. Die DG bezahlt das. In der LIKIV-Gesetzgebung waren bisher nur 2 Personen bis zu 149 Plätze vorgesehen.

Vorzeitige finanzielle Angleichung der WPZS

Alle Wohn- und Pflegezentren für Senioren (ob privat oder öffentlich) werden ab diesem Jahr für die gleiche Leistung auf die gleiche Weise finanziert werden - über Tagespauschalen. So sollen alle WPZS in der DG 82 Prozent Bewohner mit erhöhtem Unterstützungsbedarf, 13 Prozent Bewohner mit geringem Unterstützungsbedarf und fünf Prozent Kurzaufenthalte beherbergen.

Eigentlich war diese Anpassung erst bis zum Jahr 2029 vorgesehen, aufgrund der hohen Nachfrage haben die meisten WPZS das Ziel bereits 2024 erreicht. Deswegen haben wir entschieden, die finanzielle Angleichung bereits 2024 vorzuziehen. Insgesamt werden für die Seniorenpolitik zusätzlich 34 Millionen Euro eingeplant.

Freiwillige Gegenfinanzierung der Indexsprünge 2022 und 2023 von mindestens 9,25 % bzw. 5,25 % für die WPZS und die Dienste der häuslichen Hilfe

Aufgrund der hohen Inflation hat die DG die Indexierungsauswirkungen gegenfinanziert.

Enge Begleitung der Dienstleister und der Wohn- und Pflegezentren für Senioren (WPZS) im Zuge der Coronakrise

Wir haben die WPZS von Beginn an eng umrahmt und begleitet und haben Ihnen mit Rat und Tat zur Seite gestanden.

Coronasonderzuschuss 2020

Die Wohn- und Pflegezentren haben im Corona-Jahr 2020 einen Sonderzuschuss bekommen. Dieser Zuschuss belief sich auf 3.400 Euro pro Platz. Das macht eine damalige Gesamtsumme von rund 2,7 Millionen Euro.

Finanzieren von Quarantänezimmern (bis März 2022) und Quarantänestationen (bis Mitte 2021)

Wir haben den WPZS finanzielle Mittel gegeben, um Quarantänestationen bzw. Quarantänezimmer einzurichten bzw. sie zu finanzieren.

Finanzieren von Coronastunden bei den Diensten der häuslichen Hilfe

Weil Kunden aufgrund von Corona viele Stunden bei der Häuslichen Hilfe abgesagt haben, geriet der Anbieter in finanzielle Schwierigkeiten. Wir haben die Fehlstunden gegenfinanziert.

Prioritäre Impfungen für Pflegepersonal, Ehrenamtsdienste & Ehrenamtliche

Im Zuge der Impfkampagne haben wir dafür gesorgt, dass zuerst die Schwächsten und dann die gefährdeten Menschen in den Einrichtungen zuerst geimpft werden konnten.

Etablierung von Projekten zur psychosozialen Unterstützung, um die Folgen der Coronakrise zu bewältigen (2020+2021)

Wir haben in den WPZS das strukturelle Angebot geschaffen, dass Mitarbeiter psychosoziale Unterstützung in Anspruch nehmen können. Corona war damals der Impuls. Es geht um das Wohlbefinden am Arbeitsplatz und den Schutz der mentalen Gesundheit

Corona-Prämie und Konsumscheck für das Pflegepersonal

Als kleine Gegenleistung für die aufopfernde Arbeit hat die DG dem Pflegepersonal, für das man zuständig ist, eine Coronaprämie und einen Konsumscheck ausbezahlt. Später folgte ja die strukturelle Gehaltserhöhung (siehe oben). Dies umfasste 985 € als Prämie sowie einen Konsumcheck in Höhe von 300 €. Insgesamt beliefen sich die Kosten auf über 1,5 Millionen Euro.

Kostenlose Zurverfügungstellung von Test- & Schutzmaterial

Wir haben mit aller Kraft Bestände aufgekauft und Netzwerke aktiviert, um unsere Menschen hier mit ausreichend Test- und Schutzmaterial zu versorgen.

Einführung von verpflichtenden Angehörigenräten in den WPZS

Eine direkte Umsetzung einer Forderung des Bürgerdialogs „Pflege geht uns alle an“ haben wir mit der Einführung von verpflichtenden Angehörigenräten in den WPZS vollzogen. Es geht um mehr Mitspracherecht für die Angehörigen.

Energiekostenzuschuss von 450 € pro Platz und 150 € für Tagespauschale bzw. Tagesbetreuung im Zuge der Energiekrise

Aufgrund der Energiekrise haben wir den Wohn- und Pflegezentren einmalig pro Platz einen Zuschuss von 450 Euro gewährt bzw. 150 Euro für die Tagespflege und Tagesbetreuung. Diese Maßnahme hat die DG 386.400 € gekostet

Rundtisch-Pflege und Pflegekampagne mit der KPVDB: „Pflege geht uns alle an“

Auf Initiative der Basis und der Bürgerversammlung mit dem Thema „Pflege“ haben wir mit der Krankenpflegevereinigung Ostbelgiens (KPVDB) eine Informations- und Werbekampagne initiiert, die ein voller Erfolg wurde. Die Stoßrichtung: den Pflegeberuf als attraktives Berufsziel zu zeigen.

Bezahlter Bildungsurlaub in den WPZS

Wir haben den bezahlten Bildungsurlaub auch in den öffentlichen Wohn- und Pflegezentren eingeführt.

Finanzüberprüfung und Verbesserung beim Palliativpflegeverband

Der Palliativpflegeverband hat eine strukturelle Zuschusserhöhung von 8 Prozent erhalten. Eine Finanzanalyse unsererseits hatte ergeben, dass sie strukturell unterbezahlt waren.

Erhöhung des Zuschusses der Stundenblume

Der Landfrauenverband, zu dem das Projekt Stundenblume gehört, hatte die Finanzierung der Stundenblume gekürzt, sodass die Mitarbeiter der Stundenblume nach Einsparmöglichkeiten gesucht haben. Der Minister hat entschieden, den Zuschuss um 40.000 € zu erhöhen, um diesen wertvollen Ehrenamtsdienst gezielter zu unterstützen. Zum Hintergrund: Die Helfer der Stundenblume übernehmen beispielsweise Hilfen im Haushalt, Begleitung außer Haus, die Krankenwache, Hilfe bei administrativen Arbeiten, soziale und moralische Unterstützung der Betroffenen oder der Angehörigen und Fahrten zu Terminen/Therapien.

Notfallzulassung für die Residenz Leoni von 10 Plätzen

Als die Flutkatastrophe die Region heimsuchte, musste schnell agiert werden. Wir haben sofort für die Residenz Leoni eine Notfallzulassung erwirkt, damit dort schnell und unkompliziert zehn Senioren, die obdachlos waren, einziehen konnten.

Unterstützung KPVDB (Deutschsprachige Krankenpflegevereinigung in Belgien) im Rahmen der Flutkatastrophe

Auch der KPVDB, deren Räumlichkeiten in der Eupener Hillstraße von der Flut zerstört wurden, haben wir direkt geholfen, auch in Form von Kostenerstattungen.

Erhalt des Mittendrins des JKS in Eupen

Wir haben mit einer Finanzspritze das Mittendrin der Josephine-Koch-Services in Eupens Innenstadt gerettet.

MENSCHEN MIT BEEINTRÄCHTIGU NG

Menschen mit Beeinträchtigung

Schaffung neuer Wohnangebote für Menschen mit einer Beeinträchtigung

Um den wachsenden Bedarf gerecht zu werden, unterstützen wir mit voller Kraft die Schaffung neuer und vor allem differenzierten Wohnangebote für Menschen mit einer Beeinträchtigung. In diesem Jahr wird das Haus in der Klebankgasse in Eupen umgebaut. Bis dahin gibt es ein Übergangsjahrprojekt in der Eupener Judenstraße. Es werden Wohnungen vorgesehen am Kirchplatz in Kelmis und bei Hof Peters in Emmels. Und das Begleitzentrum Griesdeck findet in Bütgenbach eine neue Heimat. Ferner arbeiten wir an weiteren konkreten Pisten.

Schaffung des Beirats für Menschen mit einer Beeinträchtigung

Wir haben etwas geschaffen, das das Anliegen von vielen war und was auch die UN-Konvention wünscht: einen Beirat für Menschen mit Beeinträchtigung. Und der hat seine Rolle schon gut gefunden.

Große finanzielle Unterstützung der Beschützenden Werkstätte (BW), gerade in Krisenzeiten

z.B.: Bezuschussung von Ausgaben der Kurzarbeit, Pilotprojekt zur Anwerbung neuer Kunden und Aufträge

Einführung der Funktion eines Geschäftsführers für Träger mit sehr vielen Projekten und Personal

Tagesstätte und Wohnheim

Ausbau der Tagesstätten-Infrastruktur und des Angebots im Norden und Süden

Neugestaltung der Tarife für eine bezahlbare Freizeitbegleitung

Bündelung der Kräfte im Bereich der bedarfsgerechten Arbeitsvermittlung

Rechtliche Grundlage zur Anerkennung und finanzielle Förderung von Assistent:innen

Einführung von der Ausbildung von deutschen Gebärdensprachelehrer:innen

Übernahme der Untersuchung der Kinder zur Gewährung des Zuschlags zum Kindergeld

Finanzierung der Angebote für Auslandsunterbringungen von Menschen mit Unterstützungsbedarf

RAUMORDNUNG

Raumordnung

Dekrete zur Umsetzung der neuen Zuständigkeit

Die Raumordnung ist eine sehr komplexe und strategisch sehr wichtige Zuständigkeit für die Deutschsprachige Gemeinschaft. Raumordnung ist mehr als die Erteilung von Baugenehmigungen.

Raumordnung bedeutet Natur- und Artenschutz, Biodiversität, Gesundheitsförderung, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, Digitalisierung, Mobilität, Bildung, Wohnungsbau, Steigerung der Lebensqualität, Denkmal- und Landschaftsschutz sowie Identitätspflege und vieles mehr. Die DG übt die Zuständigkeit der Raumordnung seit dem 1. Januar 2020 aus, zuvor war die Wallonische Region dafür verantwortlich. Die Raumordnung gibt der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Möglichkeit und das Recht, über den eigenen Grund und Boden zu bestimmen. Damit die Übernahme der Zuständigkeit aber geordnet passiert, hat sich das Parlament nach Vorschlag des Ministers Antonios Antoniadis auf ein Drei-Phasen-Modell geeinigt. Das bedeutet, dass drei (parallellaufende) Phasen mit verschiedenen Schwerpunkten am Ende zu einer neuen Raumstrategie führen sollen. Wir haben zuerst das wallonische Gesetzbuch über die Raumordnung übernommen. In Phase 1 gab es ein paar kleine Anpassungen juristischer Natur sowie besondere Bedingungen in Bezug auf die Corona-Krise (z.B. um hybride Informationsveranstaltungen zu ermöglichen).

Im Rahmen der Phase 2 wurde 2022 das wallonische Dekret zur Raumordnung nach einem zweijährigen Prozess unter Einbeziehung von Raumplanern, Architekten, Notaren, Landvermessern, Naturschutzverbänden, der Bauwirtschaft, den Sozialpartnern, den Gemeinden und vielen weiteren Akteuren reformiert. Aktuell liegt ein Dekretentwurf im Parlament, dass wir als Phase2bis bezeichnen. Es soll den Rahmen zwischen den Gemeinden und der Aufsichtsbehörde in Eupen klarer fassen.

Erstellung eines Fachgutachtens über die künftige Raumstrategie

Im Rahmen der Gesamtvision „Ostbelgien leben 2040“ haben wir einen umfangreichen strategischen Bericht zu den nächsten gesetzlichen und praktischen Schritten in der Raumordnung erhalten. Der bietet uns eine sehr gute Grundlage für die Phase 3. Die nächste Regierung muss den Weg zu einer umfassenden, globalen Reform der Raumordnung weitergehen.

Flutkatastrophe 2021

In der Raumordnung haben wir Planungssicherheit und Rechtssicherheit geschaffen. Wir haben den Wiederaufbau in Rekordzeit per Erlass vereinfacht, Bürokratie abgebaut. Die Regierung hat bedeutende Mittel den betroffenen Gemeinden gegeben. Knapp 30 Millionen Euro. Davon erhielt Eupen 25 Mio Euro. Wir haben die ÖSHZs unterstützt, bei der ÖWOB und im Wohnungswesen schnell agiert. Und per Rundschreiben haben wir dafür gesorgt, dass jetzt Studien vorgewiesen werden müssen, wenn in Überschwemmungsgebieten gebaut wird (Stichwort: Hochwasserschutz).

Nachhaltigkeitsfonds

Als zusätzliche Kompensationsmöglichkeit bei Sektorenplanabänderungen werden Gelder in einen Fonds eingezahlt, der Nachhaltigkeitsprojekte finanziert.

Windkraftrahmenplan für die DG

Wir haben eine Kartografie erstellt der bestgeeigneten Standorte für Windräder in der DG.

Gewerbeflächenstrategie

Wir haben eine Strategie für eine zukunftsorientierte, nachhaltige und effiziente Nutzung der Gewerbegebiete erstellt. Alle Gewerbegebiete der DG wurden untersucht, um die Potenziale und die Verbesserungsmöglichkeiten zu bestimmen, sowie 2 Mustergewerbegebiete zu erstellen. Damit sich die Wirtschaft gezielt, intelligent und nachhaltig entfalten kann.

WOHNUNGSWESE N

Dekret Wohnungswesen

Wir sind dabei, auf den letzten Metern, die Bedingungen für die ÖWOB deutlich zu verbessern. So wird die Gesellschaft gegen Fehlbelegung vorgehen, eine soziale Durchmischung gewährleisten und innovative Wohnprojekte beginnen können. Außerdem schaffen wir die Möglichkeit für einen bedingt rückzahlbaren Vorschuss. Dabei geht es um Menschen, die nicht das nötige Eigenkapital aufbringen, aber eigentlich einen Kredit stemmen können. Ihnen wollen wir zum Eigenheim verhelfen. Außerdem wird den Gemeinden es erleichtert, Zuschüsse für sozialen Wohnungsbau der DG zu erhalten (60 Prozent).

Energetische Sanierung des Immobilienparks der ÖWOB und Neubau/Neuerwerb von Wohnraum

Wir haben mit einer Vereinbarung mit der Öffentlichen Wohnungsbaugesellschaft ÖWOB 30 Millionen Euro bis 2026 vorgesehen, um für 20 Millionen Euro so viele Sozialwohnungen wie möglich energetisch zu sanieren und für 10 Mio. Euro neuen Wohnraum zu schaffen (sei es durch Ankauf oder durch Neubau).

Erhöhung der Anzahl verwalteter Wohnungen

Die sozialen Immobilienagenturen bieten durch Verträge mit Immobilienbesitzern sozialen Wohnraum an. Seit Legislaturbeginn haben wir diese Anzahl an verwalteten Wohnungen immens gesteigert. Seit 2019 haben wir hier die Anzahl Wohnungen von 183 auf 266 erhöht. Das ist eine Steigerung von 45 Prozent.

Fusion der Wohnungsbaugesellschaften

Wir haben die beiden Wohnungsbaugesellschaften in der DG zu einer verschmolzen.

Beratung durch Architekten für neuen Wohnraum

Ein Beratungsprojekt zur Umgestaltung von untergenutzten oder leerstehenden Immobilien für neuen Wohnraum der WFG Ostbelgien haben wir strukturell abgesichert.

ENERGIE

Energie:

Einführung eines neuen Energieprämiensystems

Wir haben das System der Energieprämien von der Wallonie übernommen und extrem vereinfacht. Der Erfolg gibt uns Recht. Wo früher 13 Seiten Antragsformular waren, sind es jetzt 2,5 Seiten. Der Erfolg gibt uns Recht. Seit Beginn November 2021 über 1800 Anträge. Wir haben das Budget von 500.000 Euro auf 4 Mio. Euro pro Jahr hochgeschraubt.

Energieprämiensystem 2.0

Wir haben das System ein erstes Mal in 2024 geupdatet. Ab jetzt können auch Menschen manche Arbeiten selbst ausführen. Und wir unterstützen die Begrünung von Außenfassaden und Dächern. Wärmepumpen werden jetzt mit 4.000 statt 2000 Euro gefördert. Und Vermieter können 80 Prozent der Kosten geltend machen, damit auch Mietwohnraum saniert wird.

Indexbremse während Energiekrise

Infolge der Energiekrise und den hohen Energiekosten der Menschen haben wir für Vermieter eine Indexbremse eingebaut, wenn sie schlecht isolierten Wohnraum anbieten.

Verbot von Zwangsräumungen

Infolge der Energiekrise und den hohen Energiekosten der Menschen haben wir verboten, bei Menschen in Not Zwangsräumungen durchzuführen.

FAMILIE

Familie:

Signifikante Erhöhung des Kindergeldes

Wir haben das Kindergeld indexgebunden stark erhöht. Seit 2019 haben wir unsere finanziellen Anstrengungen für die Familien um 18 % verstärkt. Wir werden 2024 insgesamt 46,4 Millionen EUR, also knapp 10 % unseres gesamten laufenden Ausgabenhaushaltes, für die Auszahlung von Familienleistungen zur Verfügung stellen.

Kampagne Handy aus, Familienzeit an

Wir haben in Partnerschaft mit Kaleido eine Sensibilisierungskampagne durchgeführt für mehr Familienzeit ohne Smartphone. Das Ziel war, Bewusstsein dafür zu schaffen, dass digitale Medien Auswirkungen auf das Familienleben haben.

Mehr Unterstützung für Pflegefamilien

Das System der Pflegegeldberechnung wurde vereinfacht und den Bedarfen angepasst. Außerdem können ab dem 1. Juli 2021 zusätzliche Sonderausgaben auf Anfrage rückerstattet werden.

Finanzielle Unterstützung der Adoptionskandidaten

Die Regierung hat beschlossen, die Kosten für das Adoptionsvorbereitungsseminar und die Sozialuntersuchung für in der DG wohnhafte Familien zu übernehmen, die den Adoptionskandidaten nach Erhalt des Eignungsurteils zurückerstattet wird. Man erhofft sich so, dass noch mehr Familien sich dazu entschließen, eine Adoption in Erwägung zu ziehen. Dabei sprechen wir von einem Betrag zwischen 350 und 400 Euro.

SOZIALES

Soziales

Zuschussgarantie für alle Institutionen während Corona

Die Zuschüsse an die Organisationen wurden beibehalten, damit sie keine Schulden machen oder Personal kündigen mussten.

Obdachlosenzählung

Wir haben eine Zählung der Obdachlosen oder Personen in problematischen Wohnverhältnisse in der DG durchgeführt, um fundiertes Zahlenmaterial zu haben und dadurch gezieltere Politik für diese Menschen zu betreiben.

Bewältigung der Ukraine Krise - Begleitung der Flüchtlinge

Wir haben die Finanzen bereitgestellt, damit die Organisationen des Terrains ihre Dienstleistungen auf die Ukraine-Flüchtlinge ausweiten konnten. Beispiele sind SOS Hilfe und Info Integration. Wir haben Sprachkurse und eine soziale Anlaufstelle in Worriken geschaffen. Es wurden neue Sprach- und Integrationskurse gegründet. Ebenfalls wurde eine Informationsstelle (bei Info-Integration) und eine Internetseite gegründet bzw. aufgebaut.

Neues Wohnprojekt für Problem-Jugendliche CAJ Intego Wohnen

Um junge Erwachsene in Problemsituationen engmaschig zu begleiten und zu helfen, hat Intego in Partnerschaft mit der DG ein Wohnprojekt errichtet. Ziel ist es, den Bewohnern durch die Entwicklung von Sozialkompetenzen, die Bewältigung von belastenden Lebenssituationen, die Gestaltung zwischenmenschlicher Beziehungen, die Vermeidung von sozialer Isolation und das Trainieren lebenspraktischer Fähigkeiten eine eigenständige Lebensführung zu ermöglichen.

Neue Aufnahmestruktur für junge Erwachsene in St.Vith

In Partnerschaft mit dem ÖSHZ St.Vith wird in der Prümer Straße eine stationäre Betreuung von Personen in prekären Lebenslagen in einer Wohngemeinschaft ermöglicht. Auch hier ist das Ziel, den Bewohnern durch die Entwicklung von Sozialkompetenzen, die Bewältigung von belastenden Lebenssituationen, die Gestaltung zwischenmenschlicher Beziehungen, die Vermeidung von sozialer Isolation und das Trainieren lebenspraktischer Fähigkeiten eine eigenständige Lebensführung zu ermöglichen.

Schaffung eines Sozialen Übersetzerdienstes TRADUKO

Seit dem 1. Februar 2021 ist Traduko der erste soziale Übersetzerdienst in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bietet Übersetzungen in den Sprachen Arabisch, Türkisch und Russisch an. Die Zielgruppen sind alle Sozial-, Gesundheits- oder Schuleinrichtungen und öffentliche Behörden aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die mit Personen arbeiten, die die deutsche oder französische Sprache nicht ausreichend beherrschen, um die Arbeit dieser Einrichtung oder Behörde ausführen zu können.

Blutspendekampagne

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft gibt es viele fleißige Spender. Die Spenderbasis muss aber unbedingt vergrößert werden. Denn seit Jahren sinkt die Anzahl der Blutspender. Während der Corona-Zeit hat es einen Anstieg gegeben. Mittlerweile hat die Negativtendenz wieder eingesetzt. In der DG sollten durch die durchgeführte Blutspendekampagne neue Spender gefunden werden und über die Wichtigkeit einer Blutspende informiert werden.

JUGENDHILFE UND JUGENDSCHUTZ

Jugendhilfe und Jugendschutz

Dekret Jugendhilfe und Jugendschutz

Im Zuge der 6. Staatsreform und Übernahme des Jugendschutzes wurden die Jugendhilfe (altes Dekret von 2008) und der Jugendschutz in einem Dekret vereint. Denn die Aufgabe der Politik ist es, einen gesetzlichen Rahmen zu schaffen, in dem sich Jugendhilfe und Jugendschutz bewegen können, um Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen einen effizienten Schutz und die nötige Unterstützung bieten zu können. Während wir 2019 noch 5.319.000,00 € für den Bereich Jugendhilfe vorsahen, werden es 2024 7.679.000,00 € sein. Das ist eine Steigerung von 44 %.

SOZIALWIRTSCHA FT

Sozialwirtschaft

Dekret Sozialökonomie bzw. Sozialwirtschaft (BISA, ADAPTA, INTEGO, DABEI VOG etc.)

Mit dem Dekret antworten wir auf eine Anforderung des Sektors mit seinen rund 1000 Beschäftigten. Wir haben für die Sozialwirtschaft eine eigene Rechtsgrundlage geschaffen, um den Sektor besser abzusichern und sich von alten und vielfältigen Rechtsgrundlagen zu befreien. Außerdem gibt es jetzt die Möglichkeit von innovativen Projekten.

HAUPTERFOLGE DER GESAMTEN REGIERUNG

Haupterfolge der gesamten Regierung:

Digitalisierung

Start des Glasfaserausbaus für 40.000 Haushalte

Ziel ist es, in den kommenden vier Jahren in der gesamten Region das Glasfasernetz auszubauen. Damit könnten bald nahezu alle der 40.000 Privathaushalte und Unternehmen in den deutschsprachigen Gemeinden über einen schnellen Breitband-Internetzugang verfügen. Kostenpunkt: 40 Millionen Euro.

Bildung

DUO-Stipendiensystem ins Leben gerufen

Wie im Wahlprogramm der SP zur letzten Wahl formuliert, haben wir in der Regierung das DUO-Stipendiensystem eingeführt. Wer einen Mangelberuf in der Deutschsprachigen Gemeinschaft erlernt oder studiert und bei der ersten Antragstellung hier wohnt oder (Zahn)Medizin studiert, kann beim Ministerium für seine Ausbildung finanzielle Unterstützung beantragen. Man erhält monatlich 350 Euro. Im Gegenzug arbeitet die Person in den nächsten 10 Jahren 5 Jahre lang (mindestens Halbzeit) in Ostbelgien. Oder er zahlt die Ausbildungsförderung teilweise oder ganz zurück. (350 Euro pro Monat).

Zuletzt wurde das System ausgeweitet, und zwar um die Ausbildung zum Krankenpfleger für allgemeine Pflege, die Ausbildung zur Hebamme und die Ausbildung zum Apotheker. Das sind ebenfalls Studiengänge, die auf das zinslose Darlehen Anrecht geben können, insofern sie auf der von der Regierung festgelegten Liste der Studiengänge, die auf einen Mangelberuf vorbereiten, stehen.

Möglichkeit der Aufnahmeprüfungen in Flandern in den Bereichen Medizin auf Deutsch

Angehende Medizinstudenten aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft können künftig die Aufnahmeprüfung zum Medizinstudium in Flandern in deutscher Sprache ablegen.

Senkung des Kindergartenalters auf 2,5 Jahre

Dabei bezuschussen wir alle infrastrukturellen Anpassungen zu 80 %. Insgesamt werden wir den Kindergärten also innerhalb von 7 Jahren 58,5 zusätzliche Vollzeitstellen für Kindergartenassistenten zur Verfügung gestellt haben. Das entspricht einem Gehaltsvolumen von über 3 Mio. EUR pro Jahr

Neuer AHS-Bachelorstudiengang „Soziale Arbeit“ ab dem Studienjahr 2024-2025

Soziale Arbeit (SA) wird ab September 2024 als Bachelorstudiengang an der Autonomen Hochschule Ostbelgien angeboten, auch mit dem Ziel, den vorhandenen Fachkräftemangel im Sozialsektor in Ostbelgien zu bekämpfen. Es handelt sich um einen dreijährigen generalistischen und praxisorientierten Bachelorstudiengang (180 ECTS) mit Schwerpunkt auf Soziale Arbeit (u.a. in Anlehnung an die belgischen Studiengänge Assistant social / Sociaal werk) sowie sozialpädagogischen Elementen des Erzieher-Studiums und der Möglichkeit einer gezielten Vertiefung in spezifischen Bereichen.

Vorbereitung des zweiten Schulbauprogramms

Für das zweite Schulbauprogramm hat die Regierung 150 Millionen EUR vorgesehen.

Ausstattung aller Schüler, Lehrlinge und Lehrer mit Laptops

Wir haben alle Schüler, Lehrlinge und Lehrer mit Laptops ausgestattet. Das bedeutete 6,6 Millionen Euro als Erstinvestition und jährlich 2 Millionen Euro für Unterhalt.

Kinderbetreuung

Gründung des ZKB und Schaffung des Vollstatuts für Tagesmütter

Bedeutsame Errungenschaften der Regierung sind sicherlich das seit 20 Jahren geforderte Vollstatut für Tagesmütter und die Möglichkeit für Kinderbetreuer, in der außerschulischen Betreuung Arbeitsverträge in Vollzeit zu erhalten. Damit werden wir zum Vorreiter in Belgien. Wir haben unsere Investitionen in die Kinderbetreuung seit 2019 glatt vervierfacht und die Kinderbetreuungsquote von 38% auf 47% erhöht.

Neue Staffelung der Elternbeteiligung nach Einkommen

Nach Vorbild der skandinavischen Länder sollen die Tarife sozial gerechter gestaltet werden. Unterhalb des belgischen Medianeinkommens ist die Kleinkindbetreuung kostenlos.

Krisenmanagement

- Über 300 Millionen Euro Ausgaben im Zuge der vielen Krisen - das sind 60 Prozent der jährlichen Einnahmen der DG
- Auf der Grundlage eines eigenen Klimaplanes verfolgen wir gemeinsam mit den neun deutschsprachigen Gemeinden das Ziel, bis 2030 55% und bis 2050 100% der CO₂-Emissionen einzusparen. 483 konkrete Maßnahmen wurden auf dieser Grundlage bereits beschlossen. Insgesamt haben wir Investitionen in Höhe von 181 Mio. EUR für den Klimaschutz bereitgestellt. Darüber hinaus sehen wir mittlerweile jedes Jahr Zuschüsse in Höhe von 1,1 Mio. EUR für innovative Klimaprojekte der Gemeinden vor.

Weitere Erfolge:

- verpflichtende Betriebspraktika für Schülerinnen und Schüler
- Beschäftigungsquote: 78,4 Prozent (Stand September 23)
- Leitverband des ostbelgischen Sports (LOS) gegründet
- Neues Föderal-Konkret (Professionalisierung und deutlich mehr Mittel) Info: Die Föderal VoG ist die zentrale Anlaufstelle für 113 angeschlossene Vokal- und Instrumentalensembles sowie die seiner Partnerorganisationen.
- Dekrets zur Förderung des Journalismus
- Vermittlungsdekret
- massive finanzielle Aufwertung der kreativen Ateliers
- Erweiterung der Dachmarke Ostbelgien mit über 400 Markenpartnern, darunter 230 Unternehmen
- Konzeption und Vorstellung der neuen Leitziele „Ostbelgien leben 2040“
- Erhöhung der jährlichen Straßenbaudotation zugunsten der Gemeinden um 33%, auf 3 Mio. EUR jährlich ab 2023.

Abschließend: Die DG investiert inzwischen jedes Jahr mehr als 500 Millionen EUR in die Lebensqualität der Menschen, die hier leben.